



HESSISCHER LANDTAG

21. 05. 2025

Plenum

Antrag

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Lachgasmissbrauch unter Jugendlichen wirksam bekämpfen — Landesweites Abgabeverbot an Minderjährige umsetzen

Der Konsum von Lachgas zu Rauschzwecken unter Jugendlichen nimmt auch in Hessen spürbar zu. In zahlreichen Städten häufen sich die Meldungen über gesundheitliche Probleme durch das Inhalieren von Lachgas sowie über Verkehrsunfälle unter dem Einfluss von Lachgas. Die Substanz ist frei verkäuflich, leicht erhältlich und wird in vielen Fällen von Jugendlichen missbräuchlich konsumiert — oft ohne Bewusstsein für die damit verbundenen Risiken. Die Nebenwirkungen reichen von Bewusstlosigkeit und akutem Sauerstoffmangel bis hin zu Gefrierverbrennungen sowie schweren, teils irreparablen Lungen- und Nervenschäden. Zudem handelt es sich bei Lachgas um ein Treibhausgas, welches deutlich klimaschädlicher ist als Kohlenstoffmonoxid.

Auf kommunaler Ebene haben bereits einige Städte und Landkreise Verkaufsverbote von Lachgas an Minderjährige umgesetzt — darunter auch Hanau, Frankfurt und Darmstadt. Eine entsprechende landesweite Regelung existiert bislang nur in Hamburg. Auch in Hessen sollte schnellstmöglich ein solcher Schritt folgen, um Kinder und Jugendliche vor den unmittelbaren und langfristigen Gesundheitsgefahren zu schützen. Der Schutz von Minderjährigen vor gesundheitlichem Schaden hat höchste Priorität. Die Landesregierung ist daher gefordert, rasch und entschlossen zu handeln.

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass angesichts des zunehmenden zweckentfremdeten Konsums von Lachgas bei jungen Menschen die freie Verfügbarkeit und gezielte Vermarktung von Lachgas an junge Zielgruppen eine große Gefahr für die Gesundheit junger Menschen in Hessen darstellt.
2. Der Landtag stellt fest, dass eine landesrechtliche Regelung, welche den Verkauf sowie die Ab- und Weitergabe von Distickstoffmonoxid (Lachgas) an Minderjährige verbietet, ein wirksames Mittel wäre, um hessenweit einheitliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Eine solche Regelung sollte zudem ein Verbot des Verkaufs über Automaten inkludieren, die keinen ausreichenden Schutz vor minderjährigen Käuferinnen und Käufern aufweisen.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf:
 - a) ein landesweites Verkaufs- und Abgabeverbot von Distickstoffmonoxid (Lachgas) an Minderjährige einzuführen,
 - b) parallel die Präventionsarbeit an Schulen gemeinsam mit Jugendämtern und der Landesstelle für Suchtfragen (HLS) zu verstärken und über die Gefahren des Missbrauchs von Lachgas zu informieren und zu sensibilisieren.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 21. Mai 2025

Der Fraktionsvorsitzende:
Mathias Wagner (Taunus)